Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2025/1188

21.3.2025

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Erarbeitung der Arktisstrategie der Europäischen Union im Dialog mit der Zivilgesellschaft

(Initiativstellungnahme)

(C/2025/1188)

Berichterstatter: **Anders LADEFOGED**

Ko-Berichterstatter: **Christian MOOS**

Berater	Alexandros SARRIS (für den Berichterstatter)
Beschluss des Plenums	11.7.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 der Geschäftsordnung
Zuständiges Arbeitsorgan	Fachgruppe Außenbeziehungen
Annahme im Arbeitsorgan	19.12.2024
Verabschiedung im Plenum	22.1.2024
Plenartagung Nr.	593
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/ Enthaltungen)	193/2/2

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Für die EU ist der Beginn des neuen institutionellen Zyklus eine günstige Gelegenheit, eine Bestandsaufnahme ihrer Arktispolitik vorzunehmen. Mittels einer zeitgemäßen, kohärenten und ehrgeizigen Politik kann die EU für die Entwicklung einer widerstandsfähigen und prosperierenden Arktis noch wichtiger werden als bisher und gleichzeitig den strategischen ökologischen Wandel vorantreiben und für Europas Sicherheitsinteressen sowie die Achtung der Menschenrechte eintreten.

1.2. Für den EWSA liegt es auf der Hand, dass der richtige Weg dorthin über eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft führt. Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in alle relevanten Entscheidungen ist von entscheidender Bedeutung, da dadurch sowohl die Qualität als auch die Legitimation der weitreichenden Entscheidungen verbessert wird, die in den nächsten Jahren in dieser Region und für sie getroffen werden.

1.3. Um einschätzen zu können, wie die Fonds und Instrumente der EU von den arktischen Interessenträgern wahrgenommen und praktisch genutzt werden, schlägt der EWSA im Rahmen einer aktualisierten EU-Strategie eine systematische Bestandsaufnahme vor, bei der als Minimalanforderung Beiträge von Vertretern der Zivilgesellschaft im weiten Sinn als Ausgangspunkt dafür genutzt werden, die Verfahren zum Erhalt von EU-Mitteln soweit wie möglich zu vereinfachen und/oder die Menschen vor Ort bei der Bewältigung der komplizierten Anforderungen zu unterstützen. Damit würde auch klarer werden, ob die Mittel ausreichen und die vorhandenen Programme (und andere Initiativen) die strategischen Ziele der EU in der Region mit Blick auf die Zukunft auch wirklich unterstützen.

1.4. Der EWSA fordert die Entscheidungsträger der Arktis auf allen Ebenen (international, EU, national, regional oder lokal) grundsätzlich auf, bei der Umsetzung der Rechtsvorschriften strikter vorzugehen und sich dabei an bewährten Verfahren und Mechanismen für die Einbeziehung, Konsultation und Stärkung sämtlicher Teile der lokalen Zivilgesellschaft, einschließlich der indigenen Völker, zu orientieren. Investitionen und Projekte sollten immer so durchgeführt werden, dass sie den Menschen vor Ort so weit wie möglich zugutekommen, und es sollte sichergestellt werden, dass sämtliche gesellschaftlichen Gruppen (auch die indigenen Völker, junge Menschen und Frauen) die Ressourcen haben, die sie brauchen, um am Entscheidungsprozess teilzunehmen. Außerdem müssen derartige Investitionen unter gebührender Berücksichtigung der Rechte der indigenen Bevölkerung getätigt werden.

1.5. Angesichts der zügigen Reaktion, die der Klimawandel erfordert, sowie der Notwendigkeit einer stärkeren Autarkie Europas ziehen sich Genehmigungsverfahren für Projekte im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien und dem Abbau der für den ökologischen Wandel erforderlichen Rohstoffe grundsätzlich zu lange hin (bis zu 10–15 Jahre). Sie könnten gestrafft werden, auch ohne Abstriche bei der ökologischen und sozioökonomischen Überprüfung zu machen.

1.6. Eine engere Zusammenarbeit mit Grönland würde der EU die Möglichkeit bieten, ihren Zugang zu kritischen Rohstoffen zu diversifizieren und wäre eine große Chance für eine auf einem gemeinsamen Engagement für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte gegründete Partnerschaft. Aus diesem Grunde sollte bei den bevorstehenden Verhandlungen der EU über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) einer engen Kooperation mit Grönland Priorität eingeräumt werden.

2. **Kontext – Einleitung**

2.1. Die jüngste politische Strategie der EU für die Arktis wurde im Oktober 2021 veröffentlicht ([1]). Dort wird umfassend dargelegt, wie die Reaktion der EU auf die Probleme der sich in einem raschen Wandel befindenden Region aussehen soll. Das Ziel bestand erklärtermaßen darin, dazu beizutragen, die Arktis als eine Region der friedlichen Zusammenarbeit zu erhalten, die Auswirkungen des Klimawandels zu verlangsamen und die nachhaltige Entwicklung der arktischen Regionen zum Nutzen der dort lebenden Menschen zu unterstützen. Außerdem sollte die Umsetzung der Arktispolitik der EU zum Erreichen der im Rahmen des Grünen Deals festgelegten Ziele und zur Verfolgung der geopolitischen Interessen der EU beitragen.

2.2. Seitdem sind die Herausforderungen nur noch größer geworden. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat bei Fragen von gemeinsamem Interesse in der Region, auch im Rahmen des Arktischen Rates ([2]), zu einem – zwangsläufigen – Stopp der Zusammenarbeit mit Russland geführt. Seit vielen Jahren, auch schon vor dem Großangriff auf die Ukraine, ist eine verstärkte militärische Aktivität Russlands in der Region zu beobachten. Dasselbe gilt für China. Daraufhin mussten die NATO und ihre Mitgliedstaaten ihre Sicherheitsmaßnahmen, u. a. ihre Überwachung, intensivieren. Darüber hinaus ist die Bedeutung der NATO im europäischen Teil der Arktis durch den Beitritt Finnlands und Schwedens gewachsen.

2.3. Des Weiteren hat sich die Klimakrise verschärft, und die Temperaturen in der Region steigen dramatisch an (fast viermal schneller als im Rest der Welt). Die Erwärmung der Ozeane, insbesondere des Atlantiks, steht damit in unmittelbarem Zusammenhang.

2.4. Gleichzeitig kommen aufgrund des Rückgangs von Meer- und Landeis mehr Orte für die Rohstoffgewinnung, Energieerzeugung und industrielle Tätigkeit in Frage, was zu einem stärkeren Interesse konkurrierender Weltmächte an einem entsprechenden Zugang führt. Auch in Europa ist das Interesse an derartigen Aktivitäten in der Arktis größer geworden, da sie einen unabhängigeren Zugang zu Rohstoffen (wie Seltenerdmetallen, Lithium und Niob) und Produktion eröffnen. Das ist für den ökologischen Wandel und die strategische Autonomie Europas im internationalen Wettbewerb von entscheidender Bedeutung, wie es auch unlängst im Draghi-Bericht ([3]) eindringlich dargelegt wurde. Dementsprechend kam es in Finnland, Norwegen, Schweden und Grönland zu einem Anstieg klima- und energiebezogener Aktivitäten, sowohl hinsichtlich der Gewinnung wichtiger Rohstoffe als auch der Erzeugung erneuerbarer Energien.

2.5. All diese wesentlichen Veränderungen, ob mit Blick auf die Geopolitik, die Sicherheit, das Klima oder die Umwelt, haben zu dramatischen Veränderungen für die Menschen geführt, die in der Arktis leben und arbeiten, insgesamt etwa 4 Millionen Einwohner, von denen etwa 400 000 indigen sind ([4]). Die Entwicklung ist für die Menschen vor Ort wirtschaftlich interessant, bringt aber auch traditionelle Unternehmen und Lebensweisen durcheinander und erhöht den Druck für Umwelt und die biologische Vielfalt.

2.6. Bei der Entwicklung von Strategien für die Arktis ist der richtige Umgang mit solchen Problemen von entscheidender Bedeutung und ein politisches Ziel an sich, zumindest im europäischen Kontext. Voraussetzung ist es, die Auswirkungen auf die lokale Umwelt und auf lokale und indigene Gemeinschaften zu verstehen und das richtige Gleichgewicht zu finden. Dies kann nur gelingen, wenn man den Menschen, die in der Arktis leben und arbeiten, wirklich zuhört.

([1]) Gemeinsame Mitteilung „Verstärktes Engagement der EU für eine friedliche, nachhaltige und prosperierende Arktis".
([2]) Der Arktische Rat setzt sich aus Vertretern der acht arktischen Staaten (Kanada, das Königreich Dänemark (Grönland), Finnland, Island, Norwegen, Schweden, Russland und die USA) sowie Vertretern von sechs Organisationen der Ureinwohner der Arktis zusammen.
([3]) EU competitiveness: Looking ahead – Europäische Kommission.
([4]) https://www.arcticcentre.org/EN/arcticregion/Arctic-Indigenous-Peoples.

2.7. Eines der Hauptziele dieser Stellungnahme des EWSA besteht darin, bei den Entscheidungen, die die lokale Zivilgesellschaft betreffen, auf bewährte Verfahren und Mechanismen für die Einbeziehung, Konsultation und Stärkung sämtlicher Teile der lokalen Zivilgesellschaft hinzuweisen und sich für ihren Einsatz auszusprechen. Gleichzeitig soll betont werden, dass der Kontext der Arktis aufgrund der Abgeschiedenheit der Menschen, der extremen Umweltbedingungen, der geringen Bevölkerungsdichte und der Notwendigkeit, die Rechte und Interessen der dort lebenden indigenen Völker zu respektieren, alles andere als gewöhnlich ist.

2.8. Ein weiteres Ziel der Stellungnahme besteht darin, die Notwendigkeit einer internationalen und europäischen Zusammenarbeit – nicht zuletzt mit gleichgesinnten Partnern und Verbündeten – hervorzuheben, um die Entwicklung der Arktis voranzutreiben und dabei sicherzustellen, dass dies auf nachhaltige Weise geschieht. Nahezu alle Aspekte der Entwicklung der Arktis haben Auswirkungen, die mehrere Staaten betreffen. Viele Ziele sind ohne eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit und zwischenstaatliche Initiativen nicht erreichbar.

3. **Allgemeine Bemerkungen**

3.1. Zur Vorbereitung dieser Stellungnahme verabschiedete der EWSA im Dezember 2023 einen Informationsbericht ([5]) und nahm seither an mehreren Informationsreisen ([6]) und Veranstaltungen in der Arktis teil. Aus diesem Kontakt mit lokalen Interessenträgern der Zivilgesellschaft (u. a. Unternehmensverbänden, Gewerkschaften und nichtstaatlichen Organisationen) sowie mit Lokalpolitikern ist klar geworden, dass es sich um eine einzigartige, lebendige und unternehmerische Region handelt, die versucht, sich in einem wandelnden Umfeld den gegebenen Herausforderungen zu stellen. Im Gespräch mit den Menschen vor Ort wird deutlich, dass es viele vielversprechende Möglichkeiten, aber auch Probleme gibt und dass die verschiedenen Interessenträger versuchen, faire, nachhaltige und für alle tragbare Kompromisse zu finden.

3.2. Eine der größten Chancen ist das enorme und vielversprechende Potenzial der Region für grüne Projekte: das gesamte Spektrum von der Entwicklung von grünem Wasserstoff über CO_2-neutrale Verarbeitung bspw. von Stahl und Batterien bis hin zur Bioprozesstechnik. All dies erfordert Rohstoffe, erneuerbare Energien und Infrastruktur sowie entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte. Dasselbe gilt für die Entwicklung vieler anderer Unternehmenscluster, die in der (europäischen) Arktis entstehen: Weltraum, Testanlagen für winterliche Bedingungen, Rechenzentren/IKT und Kreislaufwirtschaft.

3.3. Leider gibt es zahlreiche Probleme und Tendenzen, die einer derartigen Entwicklung entgegenstehen. Im Rahmen des Projektes „Business Index North“ ([7]), mit dem das Bewusstsein für die Chancen und Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung in der Arktis geschärft werden soll, sollen verschiedene Faktoren in der europäischen Arktis vor Augen geführt werden, die für die Entwicklung von Unternehmen und Wirtschaft zentral sind, wobei insbesondere die Bereiche Menschen, erneuerbare Energien und Konnektivität hervorgehoben werden.

3.4. Menschen: In der europäischen Arktis leben mehr als 30–45 % der Bevölkerung in Gemeinden mit sinkenden Bevölkerungszahlen, lediglich größere Hochschulstädte (wie Tromsø und Rovaniemi) verzeichnen ein Bevölkerungswachstum. Die Bevölkerung altert, und die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter, der Jugendlichen und der Kinder ist strukturell rückläufig. Es gibt eine Abwanderung, insbesondere von Norden nach Süden, vor allem bei jungen Frauen. Um dieser Entwicklung entgegensteuern und sicherzustellen, dass es genügend Arbeitskräfte gibt, damit die neuen Geschäftsmöglichkeiten auch genutzt werden können, wären nach Ansicht lokaler Interessenträger die folgenden Faktoren entscheidend: die Schaffung besserer Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten, mehr Wohnraum, die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, auch in den Bereichen Gesundheit und Kultur, und die Förderung der Einwanderung.

3.5. Erneuerbare Energien sind der Motor für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Diesbezüglich sieht es in der europäischen Arktis gut aus: Durchschnittlich 90 % des Stroms stammt aus erneuerbaren Quellen. Aber es gibt erhebliche Engpässe in den Stromnetzen und bei der Übertragbarkeit von Energie, wobei einige Regionen einen Energieüberschuss haben und andere Nettoenergieimporteure sind. Weitere Hindernisse beim Übergang zu mehr Anlagen für erneuerbare Energien sind Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Landnutzung und den Rechten der indigenen Bevölkerung (vgl. Ziffer 3.7).

([5]) Die Arktis – eine friedliche, nachhaltige und prosperierende Zukunft für eine geostrategisch wichtige Region, EWSA.

([6]) Einschließlich einer Reise nach Tromsø und Kiruna im Mai 2023 und einer Reise nach Nuuk im Oktober 2024.

([7]) Der Index „Business Index North“ wird von einem internationalen Netz von Hochschul- und Forschungseinrichtungen, Behörden, Partnern aus der Geschäftswelt, Experten und nichtstaatlichen Organisationen der arktischen Länder entwickelt. Projektadministrator ist das Zentrum High North Center for Business and Governance der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Nord University Business School der norwegischen Hochschule „Nord universitet“.

3.6. Konnektivität: Die bestehende Infrastruktur ist nicht ausreichend auf die menschliche Dimension ausgerichtet. So werden beispielsweise nur Nord-Süd-Flugkorridore betrieben, obwohl es in der Region viele Flughäfen gibt und das Potenzial für interregionale Flüge groß ist. Ganzjährige Seeverbindungen in der Arktis sind ein weiterer wichtiger Aspekt der Zugänglichkeit. Eisbrechern, die den Schiffverkehr erleichtern, kommt bei der Gewährleistung der Sicherheit des Seeverkehrs unter arktischen Bedingungen eine zentrale Rolle zu. In den dünn besiedelten Regionen der Arktis sind darüber hinaus zuverlässige digitale Verbindungen von großer Bedeutung.

3.7. Der EWSA empfiehlt, die Voraussetzungen für die Entwicklung bestimmter Projekte zu überprüfen, insbesondere für Projekte im Bereich erneuerbare Energien und den Abbau der für den ökologischen Wandel erforderlichen Rohstoffe. Angesichts der zügigen Reaktion, die der Klimawandel erfordert, sowie der Notwendigkeit einer stärkeren Autarkie Europas ziehen sich Genehmigungsverfahren grundsätzlich zu lange hin (bis zu 10–15 Jahre). Sie könnten gestrafft werden, auch ohne Abstriche bei der ökologischen und sozioökonomischen Überprüfung zu machen. Ein kohärenter und vorhersehbarer rechtlicher Rahmen für grüne Projekte sowie der Zugang zu grundlegenden Daten sind für Investoren unerlässlich.

3.8. Für die indigenen Völker der Arktis gehen die Entwicklungen in der Arktis mit existenziellen Herausforderungen einher. Sie betrachten den Klimawandel als „a state of emergency for our lands, waters, animals and peoples“ [Notstand unserer Länder, Gewässer, Tiere und Völker] ([8]) mit schwerwiegenden ökologischen, soziokulturellen und wirtschaftlichen Folgen für ihre traditionelle Lebensweise. In vielen Fällen gilt dies auch für die sich daraus ergebenden Entwicklungsmöglichkeiten, wie z. B. die Landnutzung für Projekte im Bereich erneuerbare Energien und den Abbau von Rohstoffen, die von den Ureinwohnern teilweise als erneuter Eingriff in ihre Rechte im Namen der Klima- und Umweltpolitik angesehen werden und geschichtliche Erinnerungen an Enteignungen wecken. Zur Minderung der Risiken und Anpassung an die neue Realität sowie zu dem Zweck, den Einfluss auf politische Strategien, die das eigene Leben betreffen, nicht zu verlieren und sicherzustellen, dass neue Projekte auch den indigenen und lokalen Gemeinschaften zugutekommen, hat der Samenrat Richtlinien verabschiedet. Von der indigenen Bevölkerung werden jedoch auch die Herausforderungen betont, die sich aus den bereits erwähnten grundsätzlichen Entwicklungen ergeben, wie z. B. das Altern der Bevölkerung, Abwanderung und der Bedarf an Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten, und als Kritikpunkt wird die zu geringe und zu wenig systematische Einbeziehung in Entscheidungsprozesse, sei es auf lokaler, regionaler, nationaler oder europäischer Ebene, angeführt.

3.9. Sowohl mit Blick auf die Chancen als auch auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem raschen Wandel in der Region steht Grönland ([9]) in vielerlei Hinsicht vor einer ähnlichen Situation wie die europäische Arktis. Dies war auch der Hintergrund für die jüngsten Bemühungen um eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Grönland und die Eröffnung eines EU-Büros in der grönländischen Hauptstadt Nuuk im Jahr 2024. Über die langjährige Zusammenarbeit im Bereich der Fischerei und die Unterstützung des Bildungssystems Grönlands als überseeisches Land und Hoheitsgebiet hinaus existiert nun auch noch ein Kooperationsabkommen zur Sicherstellung von Investitionen in Energie und kritische Rohstoffwertschöpfungsketten, Umweltschutz und Forschung, um so die Diversifizierung der grönländischen Wirtschaft zu unterstützen und die Entwicklung strategischer Industrien wie die Produktion von sauberem Wasserstoff voranzutreiben (in Grönland finden sich 25 der 34 Rohstoffe, die von der Kommission als strategisch wichtig für die europäische Industrie und den grünen Wandel eingestuft wurden). Grönland könnte im Rahmen der EU-Programme Interreg, Horizont Europa und InvestEU sowie von der Europäischen Investitionsbank (EIB) grundsätzlich auch noch mehr Finanzmittel erhalten, ist jedoch nicht immer in der Lage, die Leitung von Projekten zu übernehmen oder sich an ihnen zu beteiligen. Auch im Rahmen der Global-Gateway-Initiative der EU könnte eine Finanzierung von Infrastruktur (Straßen, Häfen, Flughäfen) erfolgen, die die Wettbewerbsfähigkeit Grönlands beim Abbau von Rohstoffen für den Wandel und in Bezug auf Projekte im Bereich erneuerbare Energien erhöhen würde. Die verstärkte Partnerschaft mit der EU ist Teil des Ziels der grönländischen Regierung, bestehende Märkte zu erhalten und neue Handelsbeziehungen aufzubauen sowie die Anfälligkeit Grönlands zu verringern und seine Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit zu stärken ([10]). Diese Möglichkeit der Diversifizierung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen ist für die EU ein Argument dafür, die Partnerschaft mit Grönland bei den bevorstehenden MFR-Verhandlungen vorrangig zu behandeln. Die EU könnte auch die Einführung anderer Instrumente in Betracht ziehen, bspw. garantierte Mindestpreise für bestimmte Rohstoffe, um so die langfristige Tragfähigkeit von Projekten im Bereich erneuerbare Energien und Bergbau in Grönland und der europäischen Arktis sicherzustellen.

([8]) Climate Change in Sápmi – an overview and a Path forward (squarespace.com).
([9]) Teil des Königreichs Dänemark mit weitreichender Autonomie, assoziiert mit der EU als überseeisches Land bzw. Hoheitsgebiet (ÜLG).
([10]) Greenland's Foreign, Security and Defense Policy 2024-2033 (paartoq.gl).

3.10. Aufgrund des Klimawandels geraten auch in Grönland traditionelle Lebensweisen unter Druck und werden Fischerei, Jagd und Landwirtschaft beeinträchtigt. Die sich daraus ergebenden Entwicklungsmöglichkeiten (sei es im Bergbau, in der Energieerzeugung oder im Tourismus) führen unter der mehrheitlich indigenen Bevölkerung des Landes zu Meinungsverschiedenheiten und unterschiedlichen Vorstellungen, wie eine Zukunft aussehen könnte. Für die Grönländer jedoch liegt einer der Schwerpunkte darauf, dass sie als Nation in allen Angelegenheiten, die sie und ihre Zukunft betreffen, entsprechend dem Motto „Nichts über uns ohne uns“ (lat. „Nihil de nobis, sine nobis“) selbstbestimmter sein wollen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Ausbau der internationalen Beziehungen. Dessen ungeachtet gilt die EU als enger Verbündeter mit gemeinsamen Werten wie Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und sozialem Dialog ([11]). Es scheint ein starkes gemeinsames Interesse daran zu bestehen, diese Partnerschaft auch künftig mit dem richtigen Dialog und den richtigen Instrumenten zu stärken.

Besondere Bemerkungen und Forderungen hinsichtlich der Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Entscheidungsfindung

3.11. Der EWSA teilt und unterstützt entschieden das Ziel, durch die Stärkung der Zivilgesellschaft eine widerstandsfähige und prosperierende Arktis zu gestalten. Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in alle relevanten Entscheidungen ist von entscheidender Bedeutung, da dadurch sowohl die Qualität als auch die Legitimation der weitreichenden Entscheidungen verbessert wird, die in den nächsten Jahren in dieser Region und für sie getroffen werden.

3.12. Der EWSA unterstützt und fördert insbesondere die umfassende Konsultation der indigenen Völker in der Arktis und die vollumfängliche Zusammenarbeit mit ihnen, wobei vor dem Beschluss und der Umsetzung von Maßnahmen mit potenziell unmittelbaren Folgen für die Menschen der Grundsatz der freiwilligen und in Kenntnis der Sachlage erteilten vorherigen Zustimmung zu beachten ist. In diesem Zusammenhang wird auf die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker aus dem Jahr 2007 und das Übereinkommen Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation aus dem Jahr 1989 verwiesen.

3.13. Für die EU ist die Neubesetzung der Europäischen Kommission eine Gelegenheit, mit Blick auf die Zukunft Bilanz darüber zu ziehen, worin ihre Rolle besteht, was die Beweggründe für die europäische Arktisstrategie sind und wie stark sich die EU engagiert. Dabei wäre es naheliegend, auch darauf einzugehen, wie in diesem politischen Prozess die Rolle der arktischen Zivilgesellschaft gestärkt werden kann.

3.14. Der EWSA unterstützt die in der gemeinsamen Mitteilung vom Oktober 2021 festgelegten Ziele und ihren Ansatz ebenso wie die Schwerpunktsetzung auf dem Klimawandel und dem ökologischen Wandel sowie auf Maßnahmen und Programmen zur Förderung der Forschung und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur Einbeziehung aller betroffenen Interessenträger und Gruppen. Zu den vielen begrüßenswerten Initiativen gehören das Arctic Urban-Regional Cooperation Programme (AURC), das Interreg Northern Periphery and Arctic Programme (NPA) sowie die Grundsatzvereinbarung mit Grönland über eine strategische Partnerschaft im Bereich kritischer Rohstoffe und die Eröffnung eines Büros der Europäischen Kommission in Nuuk, Grönland. Diese und viele weitere EU-Instrumente (Horizont Europa, InvestEU, EIB, Global Gateway, der EU-Fonds für einen gerechten Übergang, der Regionalfonds und der Kohäsionsfonds der EU usw.) sind jedoch auch gleichzeitig eine Herausforderung für die vorgesehenen „Nutzer“. Insbesondere die Antragstellung und Berichterstattung im Rahmen von EU-Programmen kann sich als echtes Hindernis erweisen, und die entsprechenden Regeln und Vorschriften werden oft als starr und mit Blick auf die besonderen Umstände in der Arktis als zu wenig flexibel wahrgenommen. Die – häufig kleinen – Organisationen, die die „EU-Bürokratie“ bewältigen müssen, wünschen sich im Sinne einer Entlastung der „Endnutzer“ mehr Kapazitäten, bspw. in Form von speziellen Abteilungen für die EU-Anforderungen. Auch Jugendorganisationen stehen bei der Antragstellung und Berichterstattung im Rahmen von EU-Programmen häufig vor enormen Herausforderungen. Solche Organisationen sind in der Regel personell schwächer aufgestellt und haben weniger Erfahrung mit derartigen Verfahren. Außerdem nehmen viele junge Menschen die für sie bestimmten EU-Initiativen wie Erasmus und das Europäische Solidaritätskorps als zu kompliziert wahr oder kennen sie überhaupt nicht.

3.15. Der EWSA schlägt eine systematische Bestandsaufnahme der Nutzung von EU-Mitteln und -Instrumenten durch arktische Interessenträger unter Einbeziehung von Vertretern der Zivilgesellschaft und lokalen Behörden vor, um die Verfahren nach Möglichkeit zu vereinfachen und sicherzustellen, dass ausreichende Mittel verfügbar sind und die richtigen Programme zur Unterstützung der strategischen Ziele der EU in der Region durchgeführt werden. Dies sollte auch bei den bevorstehenden MFR-Verhandlungen berücksichtigt werden.

3.16. Das Forum der Interessenträger in der Arktis und der Dialog der indigenen Völker, der als eine äußerst wertvolle Plattform für die Zusammenarbeit und den Austausch angesehen wird, könnten noch weiter gestrafft werden. Außerdem könnte der regelmäßige Kontakt mit allen Interessengruppen (einschließlich Unternehmen, Gewerkschaften, nichtstaatlicher Organisationen, Hochschuleinrichtungen und lokaler Behörden) weiter priorisiert und systematischer werden und stärker auf einem ständigen wechselseitigen Ansatz basieren.

([11]) Die Stärkung der Rolle des sozialen Dialogs ist nach wie vor der einzige Weg, um in der aktuellen komplexen internationalen Lage faire und zielführende Lösungen zu finden, so wie es kürzlich auch im Letta-Bericht betont wurde: Enrico Letta – Much more than a market (April 2024).

3.17. Eine weitere gute Möglichkeit, der lokalen Zivilgesellschaft mehr Gehör zu verschaffen, ist der sektorspezifische Ansatz der EU, der im Gesetz zu kritischen Rohstoffen verfolgt wird. Dort wird eine Liste strategischer Rohstoffe festgelegt, und es wird ausgeführt, wie Genehmigungsverfahren gestrafft werden können. In dem Gesetz zu kritischen Rohstoffen ist vorgesehen, dass im Rahmen von Projekten, die sich auf indigene Völker auswirken können, ein „Plan mit Maßnahmen zur konstruktiven Konsultation der betroffenen indigenen Völker [...] und [...] zu einer gerechten Entschädigung“ enthalten sein muss. Dies darf nicht als nebensächlich oder gar als lästige Pflichtübung angesehen werden. Die nachhaltige Entwicklung der europäischen Arktis muss für alle tragbar sein.

3.18. Bei der Planung von Konsultationen im Zusammenhang mit Strategien in der Arktis ist es wichtig, dass die politischen Entscheidungsträger sehr aufmerksam sind, was die Erfahrungen der Arbeit verschiedener Organisationen ([12]) vor Ort betrifft, und dass sie auf diesen Erfahrungen aufbauen. Das soziale Engagement in der Arktis sollte als Methode der Entscheidungsfindung auf einer Reihe von Grundüberzeugungen und -prinzipien basieren, die den Bedürfnissen der Zivilgesellschaft Rechnung tragen und auf den folgenden bewährten Verfahren beruhen:

— *Schaffung dauerhafter Beziehungen*: Aufbau nachhaltiger, vertrauensvoller und engagierter Beziehungen über mehrjährige Zeiträume. Das gilt auch für die Zusammenarbeit mit Gemeindevertretern während der Vorbereitung und Planung des jeweiligen Industrieprojekts bis hin zur Durchführungsphase und darüber hinaus.

— *Immer wieder darauf hören, was die Menschen vor Ort zu sagen haben*: Die Bedenken, Bedürfnisse und Vorstellungen der lokalen Einwohner und der indigenen Völker müssen gehört und verstanden werden, und dieses Verständnis muss immer wieder neu überprüft werden.

— *Überwachung von Elementen, die sich auf die Entwicklung auswirken und von ihr beeinflusst werden*: Die Auswirkungen auf die physische Umwelt und auf den sozialen und kulturellen Bereich müssen ebenso wie die kumulativen industriellen Auswirkungen aufgrund aktueller und anderer Entwicklungen benannt, gesteuert und überwacht werden.

— *Soziale Chancen suchen*: Unter Erschließung neuer und wiederverwendbarer Technologien lokales arktisches Wissen effizient einsetzen und Möglichkeiten finden, einen nachhaltigen Fußabdruck und bleibende Veränderungen zu hinterlassen.

3.19. Aufgrund der besonderen Bedingungen in der Arktis umfasst die Politikgestaltung in der Regel den zivilgesellschaftlichen Aspekt als zusätzliche Dimension, da Strategien im Zusammenhang mit territorialer Sicherheit, Notfallplanung und ziviler Vorsorge einen starken und gut funktionierenden Zusammenhalt der Menschen untereinander voraussetzen. Insbesondere in Norwegen haben sich bewährte Verfahren für die Zusammenarbeit zwischen Behörden und der arktischen Zivilgesellschaft herauskristallisiert. Auch in dem jüngsten EU-Bericht über die zivile und militärische Vorsorge und Bereitschaft Europas des ehemaligen finnischen Präsidenten Sauli Niinistö wird die entscheidende Rolle unterstrichen, die einer eigenverantwortlichen Zivilgesellschaft mit Blick auf die gesellschaftliche Resilienz und Vorsorge zukommen kann ([13]).

3.20. Für die dünn besiedelten Gebiete der Arktis ist es auch wichtig, dass bei öffentlichen und privaten Investitionen systematisch berücksichtigt wird, welcher Nutzen für die Menschen vor Ort damit einhergeht. Ein Beispiel hierfür ist das jüngste dänische Verteidigungsabkommen (2024-33), in dem ausdrücklich festgelegt ist, dass Verteidigungsinvestitionen in Grönland oder in seiner Nähe grundsätzlich auch der lokalen Gesellschaft zugutekommen sollten, z. B. durch die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden, Unternehmen, der Industrie und der Wissenschaft. Es gibt auch viele gute Beispiele für Unternehmen, die diesen Aspekt berücksichtigen und sicherstellen, dass bspw. Infrastrukturinvestitionen den Menschen vor Ort zugutekommen, indem sie sich beispielsweise darum bemühen, bestimmte Projektkomponenten lokal zu vergeben.

([12]) Arctic Investment Protocol – Guidelines for Responsible Investment in the Arctic.
([13]) Strengthening Europe's Civilian and Military Preparedness and Readiness.

3.21. Und schließlich muss – wenn man wirklich hören will, was die Menschen in der Arktis zu sagen haben – bewusst ein breites Spektrum von Vertretern verschiedener Gruppen einbezogen werden: Frauen, junge Menschen, Minderheiten, indigene Völker usw. Nur wenn die Menschen in all ihrer Vielfalt gehört werden, können die unterschiedlichen Standpunkte Berücksichtigung finden und die jeweiligen Entscheidungen auf eine entsprechend breite Grundlage gestützt werden. Genauso wichtig ist es jedoch auch, Hindernisse zu beseitigen, die benachteiligte Menschen von der Teilnahme an Konsultationen, Sitzungen und anderen Veranstaltungen abhalten können. Erreicht werden kann das beispielsweise durch finanzielle Unterstützung oder durch die Vereinfachung und Erhöhung der Transparenz der Verfahren, was Menschen mit eingeschränkten Chancen die Möglichkeit eröffnet, sich auf eine sinnvolle Weise mit Fragen zu befassen, die sie betreffen.

Brüssel, den 22. Januar 2025

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE